

Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. l. f. Stadt Steyr
am Freitag den 21. Juli 1916.

Tages-Ordnung:

Beratung über Versorgungsfragen der Stadt Steyr.

Anwesende:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Julius Gschaidler.

Vorsitzender-Stellvertreter: Herr Vizebürgermeister Ferd. Gröndler.

Die Herren Gemeinderäte: Franz Nigler, Heinrich Amerstorfer, Heinrich Bachmayr, Ludwig Binderberger, Wilhelm Denkmayr, Otto Duntl, Prof. Leopold Erb, Leopold Haller, Franz Kaltner, Franz Schwertfeger und Karl Wöhrer.

Als Schriftführer fungiert der städt. Konzeptsbeamte Alfred Edelmayr.

Ihr Fernbleiben haben entschuldigt die Herren Gemeinderäte: Josef Haidenthaler, Dr. Karl Harant, Franz Kirchberger und Franz Triburnner.

Infolge Krankheit abwesend sind die Herren Gemeinderäte: Gottlieb Dantlgraber und Viktor Ortler.

Beurlaubt ist Herr G.-R. Josef Huber.

In Militärdienstleistung stehen: Herr Vizebürgermeister Paul Fendt und die Herren Gemeinderäte Anton Kurz, Josef Vangoth, Anton Sighart und Josef Wolral.

Der Herr Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt die Sitzung um 4 Uhr nachmittags für eröffnet.

Zu Protokollsverifikatoren werden die Herren Gemeinderäte Franz Nigler und Heinrich Amerstorfer gewählt.

Zu Beginn der Sitzung führt der Herr Vorsitzende aus:

„Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mir erlaubt, Sie heute — insbesondere auf Wunsch mehrerer Herren aus Ihrer Mitte — zu einer Sitzung zusammenzuberufen, um über eine sehr wichtige Frage zu beraten. Bekanntlich ist die Knappheit an Milch und Butter eine äußerst bedenkliche geworden. Der Grund dieser Sachlage liegt einerseits in der starken Bevöllerungsvermehrung, andererseits aber in der starken Schmälerung der Ruchviehbestände. Oberösterreich ist in die allgemeine Versorgung eingetreten, nachdem sein Schlachtvieh bereits verbraucht war, weshalb jetzt zu Ruchvieh gegriffen werden muß.

Obwohl die bezügliche Verordnung dahin lautet, daß Milchkuhe nur bis zu vier Jahren geschlachtet werden, kann sie doch nicht eingehalten werden, weil die Anforderung eine zu hohe ist. Ich habe mich schon bei der oberöst. Statthalterei bemüht, es haben auch Besprechungen stattgefunden unter Zuziehung von Vertretern des politischen Bezirkes Steyr-Land und der Waffenfabrik, um eine mögliche Entlastung der beiden politischen Bezirke Steyr-Land und Kirchdorf von den Heereslieferungen zu erwirken. Dermalen ist diese Sicherung nicht erreicht, vielleicht wird es aber doch noch dazu kommen! Auf jeden Fall aber wird es gut sein, wenn der Gemeinderat in seiner heutigen Sitzung zu dieser Frage Stellung nimmt.

Ich ließ durch den städtischen Amtstierarzt folgenden vom sachmännischen Standpunkt aus abgegebenen Amtsbericht verlesen:

Amtsbericht.

Bis zum 1. Juli hatten die beiden Bezirke Steyr-Land und Kirchdorf die Aufgabe, die Stadt Steyr mit Schlachtvieh zu versorgen. Diese Verfügung traf die beiden Bezirke in einem Zustande der Vorratserschöpfung an Schlachtvieh, konnte jedoch ohne Schädigung der in Betracht kommenden Milchviehbestände durchgeführt werden.

Seit 1. Juni 1916 haben jedoch die beiden Bezirke auch an den Viehlieferungen für die Versorgung des Heeres teilzunehmen, und zwar genau nach Viehstandsprozenten der Viehzählung vom 11. Mai 1916 ohne Rücksichtnahme auf die so wichtigen Versorgungsaufgaben dieser Bezirke.

Es lieferte daher der Bezirk Steyr-Land seit 1. Juni wöchentlich 136 Rinder, was einem Milchausfall von mindestens 400 Liter täglich gleichkommt. Seit 1. Juli beträgt die wöchentliche Schlachtviehlieferung 293 Stück, was einem täglichen Milchausfall von 1000 Liter gleichkommt, der sich von Woche zu Woche um weitere 1000 Liter steigert.

Es fallen daher mit Ende Juli täglich 5600 Liter Milch aus, was in allernächster Zeit zu unüberwindlichen Schwierigkeiten führen muß, umsomehr als die heutigen Zufuhren an diesem unerfesslichen Nahrungsmittel um zirka $\frac{1}{4}$ hinter dem Bedarfe zurückbleiben.

Ein derart hoher Abgang an Milch und damit an Fettstoff in einer Zeit, wo die Anlieferungen von Fettschweinen vollkommen ausbleiben, wo die Landwirte der Umgebung in Anbetracht des bestehenden Kraftfuttermangels nicht in der Lage sind, diesen Ausfall zu decken, trifft die Versorgungsverhältnisse der Stadt Steyr umso härter, als ein Abströmen der Milch nach Wien von den niederösterreich. Wirtschaften, die bisher nach Steyr lieferten, sich schärfstens fühlbar macht.

Ueberdies ist mit einem weiteren Rückgange der Milchproduktion auf $\frac{2}{3}$ der bisherigen Menge von dem Zeitpunkte an zu rechnen, wo an Stelle des Grünfutters das Dürrfutter tritt.

Weiters wird darauf hingewiesen, daß das Verhältnis zwischen der Ablieferungsquote und dem Gesamtviehstande in den derzeit anliefernden deutschen Alpenländern Salzburg, Steiermark und Oberösterreich ein weitaus ungünstigeres ist gegenüber jenem in den Sudetenländern Böhmen und Mähren. Während Böhmen nur mit 1.18 % seines Viehstandes zur Heeresbedarfsdeckung herangezogen wird, muß Oberösterreich 2.18 % seines Viehstandes pro Monat abgeben, ja es ist nur den Bemühungen der Landeskommission für Viehverkehr zu danken, daß nicht 4.18 % zur Ablieferung gelangen.

Um einerseits dieser katastrophalen Drosselung der Milch- und Milchproduktzufuhr zu steuern, beantragt Geseftigter, daß unverzüglich entsprechend wirksame Maßnahmen gefordert werden, welche die beiden Bezirke Steyr-Land und Kirchdorf von weiteren Viehlabgaben außerhalb des Bezirkes — mit Ausnahme nach Stadt Steyr — entheben und als Versorgungsgebiete unserer Stadt durch Errichtung von Milch- und Butterammelfstellen aktiviert werden.

Andererseits kann eine derart hohe Inanspruchnahme des Landes Oberösterreich bezüglich seiner Viehbestände nicht ohne

schwerster wirtschaftlicher Folgen für Stadt und Land bleiben. Ich beantrage daher, auch gegen eine derartige Erschöpfung des Landes Oberösterreich dringende Stellung zu nehmen.

Alfred Schopper m. p.,
Amtstierarzt.

Wer von den Herren wünscht zum Gegenstande das Wort?"

Es meldet sich Herr G.-M. Prof. Erb und führt aus:

„Vor allem müssen wir dem Herrn Bürgermeister dafür danken, daß er die Abhaltung einer Gemeinderatsitzung zwecks Stellungnahme zu dieser wichtigen Frage anordnete.“

Der vom Herrn Bürgermeister verlesene Bericht des Stadt- tierarztes ist vorsichtiger gehalten als der Bericht, den uns der Stadt- tierarzt in unserer Appropriaationssitzung über die Vorcommis- sion in der Landeskommission gegeben hat.

Für die Versorgung von Steyr haben wir eine ganze Reihe von Gefahren, Gefahren im Lande, Gefahren seitens der Stadt Wien und Gefahren seitens der Sudetenländer. Die größte Gefahr liegt aber in der Behandlung der Alpenländer durch die Faktoren, welche Vieh beanspruchen.

Wir müssen uns zuerst vorstellen, wer Vieh in unserem Staate braucht. Vor allem ist es die Armee, welche mit Vieh versorgt werden muß. Da liegt nun die Sache so: Der Kriegs- minister spricht z. B. 100.000 Stück Vieh im Monate an; diese müssen auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden. Diese Auf- teilung erfolgt durch das Veterinärministerium.

Bis jetzt sind die österreichischen Alpenländer fast allein an dieser Heeresviehlieferung beteiligt gewesen. Oberösterreich ist, was auch im tierärztlichen Berichte angedeutet wird, damit außerordentlich schwer belastet worden. Oberösterreich verfügte zu Beginn des Krieges über einen Rinderstand von rund 500.000 Stück; es sollte aber jetzt für den Monat Juli 23.000 Stück liefern, obwohl es schon geraume Zeit ohnehin Militär- lieferungen hatte.

Von Böhmen dagegen mit dem viermalso großen Rind- viehstand von rund 2.000.000 werden nur 35.000 Stück für den Monat Juli angefordert. Böhmen müßte, wenn es gleich be- handelt würde wie Oberösterreich, 100.000 Stück liefern; so aber liefert es nur $\frac{1}{5}$ im Verhältnis zu der Viehmenge, die von Oberösterreich angefordert wird. Gegen diese ungerechte und un- verhältnismäßige Belastung der oberösterreichischen Viehzucht muß bei uns alles in Oberösterreich Stellung nehmen. Denn die Folgeerscheinungen dieser argen Belastung der oberöster- reichischen Viehzucht sind nach allen Seiten hin böse. Es ist über Protest der Landeskommission die angesprochene Summe von 23.000 Stück zuerst auf 16.000 und jetzt auf 11.000 Stück herabgesetzt worden, jedoch mit dem Bemerkten, daß die anzu- fordernde Menge, sobald das Vieh von der Weide kommt, wieder erhöht werden wird.

Die Armeeleitung erklärt, daß sie auf die Verteilung des angeforderten Viehes auf die einzelnen Länder keinen Einfluß nehme; dafür habe nur das Veterinärministerium zu sorgen. An der Spitze des Veterinärministeriums steht Minister Dr. Benker, ein Tscheche.

Ich meine, daß die Sudetenländer dadurch eine bevorzugte Stellung haben. Begreiflicherweise werden sich die Deutschen in den Sudetenländern gegen diese Schonung Böhmens bei der Viehlieferung auch nicht auflehnen. Wir sind daher auf uns selbst angewiesen und müssen uns gegen jede stärkere Belastung aus Not wehren.

Damit wäre kurz die Fleischfrage an sich dargestellt. Aber wir müssen weiter erwägen: Was ist die Folgeerscheinung des Aufbrauchens unserer Viehstände bis zur bedenklichsten Verarmung unserer Ställe? Ich bin, was ja die Herren wissen, kein Agrarier; trotzdem finde ich es recht, daß in den landwirtschaftlichen Genossenschaftsläusen das Geld bedeutend gewachsen ist und ebenso die Einlagen in den Sparcassen gestiegen sind. Man muß eben auch einen Blick in die Zukunft machen. Dieses Geld ist größtenteils Geld für verkaufte Vieh, für verkaufte Wägen, sogar Milchwagen, für verkaufte Pferde, für landwirtschaftliche Erzeugnisse usw., was alles für teures Geld verkauft wurde, aber für noch teureres Geld nach Kriegschluß wieder angekauft werden muß.

Deshalb ist die Viehzurückhaltung der Sudetenländer leicht zu verstehen. Wenn in den Alpenländern nach Schluß des Krieges die Viehzucht wieder in die Höhe gehen soll, so wird so manches Stück Vieh, welches in Böhmen in den feudalen und anderen Stallungen geblieben ist, von unseren Bauern zu hohem Preise gekauft werden müssen, es wird ein bedeutender Rückschlag er- folgen; das Geld, welches unsere Landwirte jetzt erworben haben, wird nach Böhmen abfließen. Daran reiht sich aber noch eine zweite Gefahr. Ein Teil jener Bauern, welche nicht imstande waren, das erworbene Geld aufzubehalten, wird die Geldpreise für das aus den Sudetenländern teuer angekaufte Vieh nicht aufbringen können, wird von Haus und Hof gehen müssen und an die Stelle der deutschen Bauern werden sich die durch den Krieg geschonten sudetenländischen Landwirte, nichtdeutsche, im deutschen Bauernhofe niederlassen.

Ich sehe also nicht nur eine wirtschaftliche Ge- fahr für die Alpenländer voraus, sondern auch eine Gefahr in n a t i o n a l e r Beziehung.

Nun zeigt man aber an maßgebender Stelle — ich weiß nicht, ob absichtlich oder unabsichtlich — dafür kein Verständnis. Die Alpenländer sind durch den Krieg am härtesten mitgenommen worden. Die Leute sind weg, das Vieh kommt weg und auf

diese Art und Weise sehen wir, wie drohend die geschilderte Ge- fahr ist und wie sie von Monat zu Monat steigt, wenn nicht sofort mit möglichster Schonung der Alpenländer und mit Mil- d- s i c h t auf die bereits gebrachten Opfer der Alpenländer seitens der Regierung vorgegangen wird. Die Alpenländer verdienen eine solche schonende Behandlung, weil sie mit in erster Linie für den Staat Leben und Gut eingesetzt haben.

Ich meine, daß gerade dieser Punkt in einer entsprechen- den Form in der Petition, über welche der Gemeinderat in seiner heutigen Sitzung noch beschließen soll, aufzunehmen sein wird. Der Gemeinderat muß sich dagegen wehren, nicht allein der Bauern wegen, deren Sache es ja auch sein wird, sich selbst dagegen zu wehren, sondern vor allem der städtischen Bevölle- rung wegen, weil die Stadt als solche mit einem Rückgange der Landwirtschaft in ihrem Einkommen schwere Einbuße leidet; Konsumenten und vielfach auch der Gewerbebestand sind auf die Bauernschaft angewiesen. Pflicht des Gemeinderates erscheint es mir, hierzu entsprechend Stellung zu nehmen.

Ich habe bisher bezüglich des Viehes und bezüglich der Zukunft gesprochen. Nun, meine sehr geehrten Herren, betrachten wir aber die Jetztzeit. Wie sieht es schon jetzt mit der Butter- und Milchversorgung aus?

Mit einer Milchkuh gehen täglich mindestens 5—10 Liter Milch und darüber hinaus verloren. Wenn man nun die An- zahl der angeforderten Kühe mit der Zahl der Liter Milch, die an einem Tage verloren gehen, multipliziert, so kommt eine beträchtliche Zahl von Litern Milch heraus. Wir gehen täglich weiter zurück und werden zu Ende des Monats täglich um 5000 Liter weniger Milch haben, wo wir doch ohnedies schon jetzt viel zu wenig haben. Welcher Verlust an Butter ist weiter mit der großen Viehabgabe Oberösterreichs verbunden! Wer die Drängereien bei der Ausgabe der Butteranweisungen bei uns in Steyr mitansieht, der wird sagen, daß wir schon jetzt in einer sehr üblen Lage bezüglich der Butterversorgung angelangt sind. Auch in der Butterfrage sehen wir, wie schwer die Städte leiden und namentlich Steyr infolge seiner ungünstigen geographischen Lage und seiner so stark erhöhten Bevölkerungsziffer. Auch von diesem Standpunkte müssen wir gegen die bei der Viehlieferung verlangte so große Inanspruchnahme der oberö. Landwirtschaft Stellung nehmen und an maßgebender Stelle darauf hinweisen, daß wir mit Butter und Milch ohnedies schon jetzt weitaus nicht mehr auskommen. Wenn schon von Butter und Milch hier die Rede ist, so will ich auch über die Eierfrage einige Worte verlieren. Da zeigen sich nun zwei Erscheinungen, welche von wesentlicher Bedeutung sind.

Nicht nur daß uns das Vieh verloren geht, sehen wir bei der Milch-, Butter- und Eierfrage zwei böse Nebenbuhlerschaften. Die eine, nächstliegende Nebenbuhlerschaft ist Linz. Die Stadt Linz ist bekannt durch ihre Eigenucht und Rücksichtslosigkeit in Fragen, welche andere Orte Oberösterreichs betreffen, wenn eigene Interessen die Stadt Linz leiten. Linz ist auch in den Nahrungs- mittelfragen rücksichtslos gegen die anderen Orte. Linz hat es verstanden, den politischen Bezirk Linz-Land für sich fast allein in Beschlag nehmen zu lassen. Die Linzer scheuen sich aber gar nicht, auch über den Bezirk Linz-Land hinauszugehen und in unsere Gegend, nach Gmünd, Wolfersn usw., hereinzukommen. Wenn Linz nur an sich denkt, so ist das immerhin verzeihlich; ein altes Sprichwort sagt, daß jeder sich selbst der Nächste sei. Daß aber ein Vizebürgermeister von Linz in einer Sitzung der Landeskommission in der schärfsten Weise gegen die Forderungen der Stadt Steyr Stellung genommen hat, das ist unverzeih- lich. Was ist das für eine Art des Auftretens! Wieviel Vieh, Eier und Butter die Stadt Steyr braucht, das geht den Vize- bürgermeister von Linz gar nichts an. Wie kann er überhaupt über die Bedürfnisse und Forderungen Steyrs Kritik üben! Er hätte entweder schweigen oder sich der Stadt Steyr annehmen sollen. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister hier in öffentlicher Sitzung, sich über dieses Auftreten des Vizebürgermeisters der Stadt Linz beim Gemeinderate der Stadt Linz zu beschweren. Denn es hört sich doch alles auf, wenn der Vizebürgermeister von Linz, nachdem Linz den ganzen politischen Bezirk Linz- Land für sich und noch andere Bezirke hat, in Gegenwart des Vertreters der Statthalterei, des Vizepräsidenten Graf Thun, in Gegenwart des Vertreters des Veterinärministeriums, der sich dann teilweise den Ausführungen des Linzer Vizebürgermeisters angeschlossen hat, in Gegenwart des Vertreters der Stadt Steyr und in Gegenwart des Vertreters der Landwirtschaft so redet, als ob Steyr nichts mehr brauchen würde und ohnehin genug hätte. Das ist ein Vorgehen, das wir uns nicht gefallen lassen dürfen.

Jetzt werden die Herren begreifen, warum unsere Be- mühungen, eine Vereinigung der oberöster. Städte zur gemein- samen Vertretung der Konsumenten-Interessen zu schaffen, ge- scheitert sind. Linz hat dazu keinen Finger gerührt, weil es an sich allein denkt und über die Bedürfnisse der anderen Orte einfach hinweg geht. Was geht es den Vizebürgermeister der Stadt Linz an, wenn wir mit vollem Rechte 8) Stück Rinder und eine entsprechende Menge Eier und Butter für den Monat verlangen?

Gegen das Vorgehen dieses Vizebürgermeisters müssen wir energisch Protest einlegen; und das soll auch den Herren in Linz zu Wissen gemacht werden!

Das ist die eine Schwierigkeit im Lande selbst. Die zweite Schwierigkeit, die uns begegnet, ist folgende. In allen den gegenständlichen Verhandlungen finden Sie, meine sehr verehrten Herren, den Standpunkt, daß vor allem

für Wien gesorgt werden muß. Wir hören da Bissern; es heißt, nach Wien kommen, sagen wir, beiläufig täglich z. B. 500.000 Eier. Diese Bisserei ist eine statistische Bisserei, welche ganz unrichtig ist. Denn nach Wien kommt täglich eine vielfache Menge hievon. Aber bei der Verzehrungssteuerlinie wird das nicht angegeben. Unt, die Händler bringen vielleicht z. B. 500.000 Stück Eier pro Tag nach Wien.

Aber eine Unzahl von Wienern kommt nach Oberösterreich und diese Wiener nehmen uns Butter und Eier weg. Bis zum Inn hinauf, bis Braunau und Scharding, bis in das obere Mühlthal und nach Grieskirchen, Wolfers, Gleink kommen sie und schleppen Butter und Eier fort. Auf der Bahn können sie folgendes erleben, meine Herren! Jemand steigt ein und legt seinen Rucksack sehr vorsichtig ab und ersucht, ja nicht daran anzustößen. Warum diese Besorgtheit? Weil im Rucksack Eier und Butter darin sind. Viele von diesen Wienern haben freie Fahrt, den anderen kommen die Fahrtauslagen reichlich herein und so werden tausende von Eiern und viele hunderte Kilo Butter Woche für Woche nach Wien fortgeschleppt. Diese Zahl wird aber ziffermäßig nicht aufgewiesen. Dagegen ist schwer anzukämpfen. Dazu kommt noch, daß diese reisenden Wiener den Bauern beim Abkaufen von Butter und Eiern Ueberzahlungen leisten und ihnen oder der Bäuerin noch besondere Gefälligkeiten erweisen; sie bringen ihnen Zucker, Kaffee, Tabak, ab und zu ein Stück feine Mehlspeisen, Stoffe usw. mit. Auf diese Art gehen eben Unmengen von Eiern und Butter fort.

Wie ganz anders sehen da die Verhältnisse in Steyr aus! Bei uns gibt es ein lebensgefährliches Gedränge bei der Ausgabe der Zettel, auf Grund welcher dann Butter und Eier erhältlich sind. Dem soll und muß abgeholfen werden! Dermalen ist Steyr für den Staat sehr wichtig, sicher wichtiger als Linz und andere Städte. Denn wenn heute ein Betrieb in Steyr in Störung käme, so würde das schwere Folgen für den Staat haben.

Dann haben wir auch mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen. Steyr hat eine so große Zahl von Arbeitern und Schwerarbeitern, welche Linz in dem Verhältnisse nicht hat. Dagegen hat Linz viel mehr wohlhabende Leute, welche den ganzen Tag zur Lebensmittelbeschaffung Zeit haben, während unsere Arbeiter, Gewerbetreibenden und Beamten nicht den ganzen Tag Zeit haben, sich die Lebensmittel zu besorgen.

Ich möchte auch noch Folgendes sagen, was gewiß auch interessant ist. Bei unserer Landwirtschaft wurde bisher viel zu wenig Gewicht auf die Hebung der Produktion gelegt. Während in Deutschland z. B. auf 1 ha Weizenboden 20 q erzeugt werden und wachsen, werden bei uns nur 13 q, in Ungarn nur 12 q erzeugt. Ähnlich steht es mit dem Roggen. In Deutschland werden auf 1 ha Roggenboden 17 q, in Oesterreich nur 13 q hervorgebracht. In Nordeuropa erzeugt Deutschland die fünffache Menge: 500 Millionen Meterzentner jährlich!

Dabei wirtete bei uns die Zollpolitik immer schwerer schädigend. Während bis 1878 für das Getreide Zollfreiheit bestand, ist der Zoll von K 120 im Jahre 1882 auf K 360 im Jahre 1887 gestiegen und beträgt im Jahre 1906 K 630, was eine große Steuerung bedeutet. Dabei ist die Zunahme der Bevölkerung eine sehr bedeutende; von einer Zunahme der Erzeugung an Getreide ist aber keine Rede, die geht in Oesterreich fast gleichmäßig fort, eher zurück. Dadurch sinkt also die Getreidemenge pro Kopf von Jahr zu Jahr fortwährend.

Die Herren wird es auch interessieren, bezüglich des Viehstandes Bisserei zu hören:

Der Gesamtviehstand in Oesterreich betrug im Jahre 1900 9.507.000 Stück, im Jahre 1910 9.160.000 Stück, unser Rindviehstand ist also, statt sich zu erhöhen, in 10 Jahren um 347.000 Stück zurückgegangen. Diese 347.000 Stück gehen uns jetzt ab. Der Viehstand, der vor dem Kriege schon geringer war, wird jetzt während des Krieges durch die in Aussicht genommene übermäßige Anforderung von Schlachtvieh für Militärzwecke in Oberösterreich noch um ein bedeutendes reduziert; und so können sich die Herren denken, daß wir auch neuerliche bedeutende Preissteigerungen infolge Viehmangels zu gewärtigen haben.

Ich glaube, daß wir in die in Aussicht genommene Petition auch einen Passus in der Richtung aufnehmen sollen, daß in Zukunft einer vermehrten und intensiveren Produktion, insbesondere an Getreide und Vieh in Oesterreich mehr Aufmerksamkeit als bisher zugewendet und die gegenständlichen Subventionen auch demgemäß verwendet werden mögen.

Wir wollen auch in Oesterreich zu einer Produktion und zu einem Ertrag kommen, wie ihn das Deutsche Reich schon seit langer Zeit hat. Die Produktion soll durch Verwendung moderner Ackergeräte, von künstlichen Düngemitteln, durch intensivere Arbeitsleistung und durch eine bessere Verarbeitung und Ausnützung des Bodens überhaupt erhöht werden.

Die Lebensmittelfrage erscheint demnach, meine Herren, als eine sehr schwierige, insbesondere für Steyr. Die Stadtgemeindeverwaltung mit dem Bürgermeister und dem Stadtrat hat sich bemüht, da und dort größere Mengen von Lebensmitteln zu erhalten, aber auf diese unregelmäßige und meist nicht ausreichende Versorgung der Stadt, wobei vielfach das Herbeibringen der schon sichergestellten Lebensmittel aus Verkehrserschwerigkeiten nicht leicht oder gar nicht möglich war, kann man sich in dieser immer schwerer werdenden Zeit nicht verlassen. Wir müssen doch wissen, woher wir die Lebensmittel bestimmt bekommen! Genau so wie es Linz schon vor Monaten zu erreichen verstanden hat, daß die Gemeinden des politischen Bezirkes Linz-Land für Linz zu liefern haben, müssen wir es zu erreichen trachten, daß die

politischen Bezirke Steyr-Land und wenn nötig auch Kirchdorf ausschließlich für die Stadt Steyr Butter, Milch und Eier zu liefern haben. Wenn das nicht geschieht, so sehen wir keine Besserung der leidigen Butter-, Milch- und Eierfrage, sondern eine immer drohende Gefahr für die Versorgung unserer so ungünstig gelegenen Stadt. Die Herren werden mir gewiß zustimmen, daß wir auch diese unsere Forderung in die Petitionen an die Regierung aufnehmen und sie durchzusetzen trachten, um nach dieser Richtung hin unsere schon sehr verärgerte Bevölkerung zu beruhigen.

Von Bedeutung für uns sind Bundesgenossen in der Ernährungsfrage. Einer der wichtigsten darunter ist die Waffenfabriksleitung. Freilich muß dafür gesorgt werden, daß nicht eine Grenzlinie zwischen den Waffenfabriksbediensteten und der übrigen Bevölkerung Steyrs bei der Lebensmittelbeschaffung gezogen werde. Das wäre für einen großen Teil unserer Bevölkerung von gefährlichen Folgeerscheinungen. Wo sollten die Gewerbetreibenden, die Beamten sich mit Lebensmitteln versorgen, wenn auch noch die Waffenfabrik als Konkurrent aufträte würde. Es ist daher notwendig, daß die Stadtgemeinde in der Lebensmittelfrage mit der Waffenfabrik Hand in Hand geht. Wir haben diesfalls bereits die begünstigten Schritte getan und die nötige Unterstützung gefunden.

Anschließend an die Schwierigkeit in der Milch-, Butter- und Eierversorgung für uns, wie sie durch das Vorgehen der Wiener herbeigeführt wird, will ich noch auf folgende Schwierigkeiten hinweisen. Man hat vor einiger Zeit Transportbescheinigungen für den Transport von Eiern eingeführt. Darüber haben sich jedenfalls die Wiener aufgehalten und die Regierung hat diese Eiertransportbescheinigungen aufgehoben und hat damit Oberösterreich einen wichtigen Schutz entzogen. Nun wird uns aber auch von den Nachbargemeinden die Lieferung von Milch, Eiern und Butter sehr erschwert dadurch, daß in den Nachbargemeinden das Gerücht ausgebreitet wird, eine Lieferung von Eiern und Butter in die Stadt Steyr sei untersagt. Die Bauern getrauen sich natürlich dann nicht mit Eiern und Butter in die Stadt herein.

Eine weitere Schwierigkeit in der Lebensmittelversorgung Steyrs liegt zum Teil auch in den Höchstpreisen. So schön die Höchstpreise gedacht waren, so waren deren Wirkungen für das konsumierende Publikum nicht immer eine Wohltat. Viele Bauern, die wegen Ueberschreitung der Höchstpreise empfindlich bestraft worden sind, sind einfach nicht mehr in die Stadt hergekommen. Ich will dabei auch einige Worte über die Behandlung der Bauern und Landwirte auf den Wochenmärkten in Steyr sprechen; diese Behandlung war nicht immer darnach angehen, die Lebensmittelversorgung der Stadt besser zu gestalten. Man hat die Bäuerinnen und Händlerinnen förmlich überfallen und ihnen Eier und Butter weggerissen. Viele Landleute sind dann ausgeblieben, weil sie sich einfach geschämt haben, sich so behaushalten zu lassen.

Sie sehen, meine Herren, daß es so mit den gegenwärtigen Verhältnissen in der Lebensmittelbeschaffung nicht mehr wie bisher weiter gehen kann! Wir müssen trachten, daß die Lebensmittelieferungen für Steyr etwas großzügiger gemacht werden, und da wird es die Sache des Gemeinderates sein, sich weiters darum anzunehmen. Denn die wirkliche Vertretung der Bevölkerung ist der Gemeinderat. Dieser wird von der Bevölkerung gewählt, dieser hat für alles die Verantwortung zu tragen; nicht die Gemeindevorstellung, welche bloß die Beschlässe des Gemeinderates auszuführen hat! Verantwortlich sind wir, der von der Bevölkerung gewählte Gemeinderat. Jeder von uns, der in eine Versammlung kommt, kann zur Verantwortung gezogen werden. Darum ist es notwendig, daß der Gemeinderat jetzt in diesem kritischen Augenblicke, wo uns die Abschneidung von Lebensmitteln so sehr droht, abnormals seine Stimme erhebt!

Ich möchte deshalb vorschlagen, daß der Gemeinderat die Abfassung und Abendung einer Eingabe, in der alle diese vorerwähnten Verhältnisse und Bedenken erörtert und begründet werden und in der die Notwendigkeit einer besseren Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln dringendst betont wird, an alle in Betracht kommenden Stellen beschleße.

Ich stelle daher den Antrag: „Der löbl. Gemeinderat wolle beschließen:

Unter möglichst ausführlicher Klarlegung der tatsächlichen Verhältnisse und der Schwierigkeiten der Approvisionierung der Stadt Steyr und unter dem besonderen Hinweis auf die Schwierigkeit in der Lebensmittelversorgung, welche in Zukunft ein so vermindelter Viehstand für Oberösterreich bedeuten würde, sei eine entsprechende Eingabe zu verfassen und allen jenen Stellen, welche für die Frage einer Verbesserung der Stadt mit Lebensmitteln in Betracht kommen, zu übermitteln.“

Nach diesen Ausführungen des Referenten, Herrn G. R. Prof. Erb, ergreift Herr G. R. Aigner das Wort.

Der Redner stimmt im allgemeinen den Ausführungen des Vorredners vollkommen bei. Eine Hauptschuld für die mißlichen Lebensmittelverhältnisse Steyrs sieht der Redner in der ungleichen Höchstpreissetzung. Nach seiner Meinung sollte im ganzen Reiche ein gleicher Höchstpreis für alle Lebensmittel eingeführt werden. Redner weist darauf hin, daß zu einer Zeit, da

in Steyr der Höchstpreis für Butter z. B. 5 K pro Kilogramm betragen hat, der Höchstpreis in Linz 6—7 K und in Wien vielleicht 10 K betrug. Sei es da zu verwundern, daß die Händler alle ihre Butter nach Wien bringen, wo sie den höchsten Gewinn beim Verkauf erzielen können? Er rege an, daß auch bezüglich Einführung von gleichen Höchstpreisen für das ganze Reich in die zu verfassende Petition ein entsprechender Passus aufgenommen werde.

Was Linz anbelangt, so gebe er dem Herrn Vorredner mit seinen Ausführungen vollkommen recht. In Linz gibt es viele reiche Leute, die in Samt und Seide gehen, während in Steyr die meisten Leute schwer arbeiten müssen, die im Interesse des Staates bei voller Kraft erhalten werden müssen; schon aus diesem Grunde habe Steyr einen besonderen Anspruch auf besondere Berücksichtigung. Der Redner kommt hierbei auf die bevorstehende Einführung der fettlosen Lage zu sprechen und weist auf die schwierige Lage der Wirte Steyrs hin, die infolge der unzulänglichen Versorgung mit Lebensmitteln allmählich in die Zwangslage versetzt werden, die Verabreichung von Speisen überhaupt einzustellen. Besonders zu leiden hätten die Wirte Steyrs mit der Viehhofschaffung. Schließlich unterstützt Herr G.-M. Wigner den Antrag des Referenten aufs wärmste.

Darauf erhält der Referent, Herr G.-M. Prof. Erb, das Schlusswort. Er führt aus:

Die Eierfrage, die jetzt schon so bedenklich sei, werde in Zukunft noch schwieriger werden. Wenn man in den Zeitungen die Speisezettel der Wiener Gasthäuser für die Zeit nach dem 26. Juli ansieht, so findet man unter 5 oder 6 angegebenen Speisen mindestens 4 mit Eiern. Was soll man sich da denken? Entweder schont Wien die Eier nicht oder es hat wirklich uner-schöpfliche Eiervorräte. Denn: wenn es keine Eier hat, so kann man doch unmöglich so viele Speisen mit Eiern in Vorschlag bringen. Was würde in Steyr die Ankündigung von aus Eiern hergestellten Speisen heißen, wenn wir nicht wissen, wo wir die Eier hernehmen sollen?

Bezüglich der Höchstpreisfrage stimmt der Redner den Ausführungen des Herrn G.-M. Wigner bei und weist an einem jetzt sehr wichtigen Fleischnahrungsmittel, an Junge, die Schädlichkeit verschiedener hoher Höchstpreise für diesen Artikel an verschiedenen Orten nach. Ferner tadelt der Redner die ungleiche Behandlung der Junggeßellen und der Familien beim Lebensmittelskonsum. Während die Familie mit ihren geringen zuge-wiesenen Lebensmittelmen-gen vielfach darbt, bekommt der Jung-geßelle, der genügend Geld hat, alles. Man bekommt Mehlspeisen,

Kaffee, Zucker und Fleisch, so viel man will, ohne Karten im Gasthause! Auch diese ungleiche Behandlung wirkt namentlich in den Großstädten vielfach verärgend.

Der Redner betont nochmals die Wichtigkeit der Stellung-nahme des Steyrer Gemeinderates zur Approvisionierungsfrage und bittet, seinen am Schlusse seiner früheren Ausführungen ge-stellten Antrag anzunehmen.

Bei der darauf vom Vorsitzenden vorgenommenen Abstim-mung wird der Antrag des Herrn G.-M. Prof. Erb einstimmig angenommen.

Darauf teilt der Herr Vorsitzende noch Folgendes mit:

„Bekanntlich sind am letzten Donnerstag fast sämtliche Bauern aus Niederösterreich ausgeblieben, und zwar mit der Begründung, daß ihnen die Lieferung von Butter und Eiern von der Bezirkshauptmannschaft Amstetten verboten worden sei. Es ist dieses Vorkommnis auf eine irrtümliche Auslegung einer kürzlich von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Amstetten erlassenen Verordnung zurückzuführen. Um nämlich das übermäßige Ab-strömen von Butter und Eiern aus dem politischen Bezirke Amstetten nach Wien zu verhüten, setzt der gegenständliche Erlaß der Bezirkshauptmannschaft Amstetten fest, daß einer Person nicht mehr als 2 kg Butter und Eier verkauft werden dürfen. Ich habe mich sofort telephonisch im Gegenstande bei der k. k. Be-zirkshauptmannschaft Amstetten angefragt und die Antwort er-halten, daß die bezügliche Anordnung der Bezirkshauptmannschaft Amstetten keineswegs darauf gerichtet ist, irgendeine Lebensmittel-sperre gegen die Stadt Steyr zu versetzen; es bedeutet diese An-ordnung viel mehr nur einen Schutz für Steyr. Es wurde mir seitens der Bezirkshauptmannschaft Amstetten zugesichert, die Land-bevölkerung des Bezirkes entsprechend aufzuklären.“

Herr G.-M. Kattner richtet an den Vorsitzenden die Anfrage, ob es nicht möglich wäre, mehrere Ausgabestellen für die Butterkarten zu errichten, damit dem unangenehmen Ge-dränge bei der Ausgabe dieser Karten in Zukunft vorgebeugt werde.

Der Herr Vorsitzende erwidert, die Errichtung mehrerer Butterkartenausgabestellen sei deshalb gefährlich, weil eine Doppel-ver-sorgung sehr leicht möglich sei. Im übrigen werde er aber trochten, dem Wunsche des Herrn G.-M. Kattner nach Tunlich-keit entgegenzukommen.

Da sich hierauf trotz Umfrage niemand mehr zum Worte meldet, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 5¼ Uhr nach-mittags.

Der Vorsitzende:

Erb

Die Verifikatoren:

Frank Stigler
Heinrich Wörstler

Der Schriftführer:

Stigler